

# Gutachter: Boden nicht beeinträchtigt

## Kritik an Informationspolitik nach Luftzwischenfall – Fischer: Bürger verunsichert

ga/hb **Friesland.** Das Kerosin, das eine Tornado-Besatzung am 26. Juli nach einer Notlage beim Anflug auf den Fliegerhorst Upjever über Sande und Schortens abgelassen hat, ist nach Messungen von vereidigten Sachverständigen der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt im Boden nicht nachzuweisen. Wie die Standortverwaltung Jever gestern mitteilte, haben die Untersuchungen der Proben, die auf dem Gelände eines Erdbeerbauern in der Nähe des Fliegerhorstes genommen worden waren (wir berichteten) keine überhöhten Schadstoffbelastungen ergeben habe.

Im Gegenteil. Den Normalgehalt an Kohlenwasserstoffen im Boden geben die Gutachter mit 10 bis 30 Milligramm

je Kilogramm an. Die entnommenen Proben hätten hingegen Werte zwischen 3,5 und 4,6 Milligramm aufgewiesen. „Der Boden ist daher als nicht belastet eingestuft worden. Auch wurde zum Zeitpunkt der Prüfung kein Kerosingeruch festgestellt“, heißt es im Gutachten. Nach Ansicht der StoV ist „ein besseres Ergebnis für den biologischen Anbau kaum vorstellbar“.

Unterdessen zieht der Streit um die schlechte Informationspolitik der beteiligten Behörden im Zusammenhang mit dem Luftzwischenfall weitere Kreise. Der Landkreis Friesland bestätigte gestern, daß es keine detaillierten Absprachen mit der Bundeswehr darüber gebe, wer bei derartigen Zwischenfällen die Öffentlichkeit informiert. In

nächster Zukunft solle das Gespräch gesucht werden.

Während man im Kreishaus die Militärs in der Pflicht gesehen hatte, war man beim Jagdbombergeschwader 38 davon ausgegangen, daß der Landkreis die Bevölkerung im Falle des Falles informiert. Allerdings, so Kommodore Oberstleutnant Udo Wagner, sei er ohnehin davon ausgegangen, daß außerhalb des Fliegerhorstes niemand durch das auf einer Strecke von über 34 Kilometer abgelassene Kerosin in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Eine Einschätzung, die durch das jetzt vorliegende Fachgutachten bestätigt werde.

Schortens' Bürgermeister Peter Torkler legt Wert auf die Feststellung, daß er erst aus der Presse über den Vorfall gelesen habe. Offenbar ist er von seiner Verwaltung nicht un-

terrichtet worden, die nach Angaben des JaboG 38 umgehend unterrichtet worden war.

„In solchen Fällen ist die verunsicherte Bevölkerung unverzüglich von der Bundeswehr und dem Landkreis Friesland zu informieren“, forderte der Kreistagsabgeordnete und Schortenser Ratsherr Michael Fischer (Roffhausen) gestern. Etlicher verunsicherte Bürger hätten ihn angesprochen. „Insbesondere müssen die Bürger über den Gefährdungsumfang unterrichtet werden“, fordert Fischer (SPD), „um das Vertrauen gegenüber der Bundeswehr nicht zu beeinträchtigen.“ Schließlich wolle der Privatmann wissen, ob seine Ernte beeinflusst worden sein könnte. Es sei unmöglich, die Öffentlichkeit erst rund eine Woche nach dem Unfall in Kenntnis zu setzen.